

Institut für den Donauraum und Mitteleuropa



Am Anfang stand die Vision eines wahren Mitteleuropäers: Dem Engagement des österreichischen Diplomaten und Politikers Theodor von Hornbostel ist es zu verdanken, dass bereits 1953 in Salzburg ein „Forschungsinstitut für die Fragen des Donauraums“ gegründet wurde.

Als Mitinitiator und erster Vorsitzender erkannte Hornbostel die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Erforschung dieser Region, um „zu einer besseren Erkenntnis der immanenten politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte des Donauraumes und seiner schicksalhaften Bedeutung für ein friedliches und einigtes Europa beizutragen.“

Doch bis zum vereinten Europa war es noch ein weiter Weg: Wie ein Fallbeil trennte der Eiserne Vorhang im Donauraum Völker und Länder, die fortan unter sehr unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen Nachkriegseuropa aufbauten.

Über dreißig Jahre lang war das Institut die einzige wissenschaftliche Einrichtung in Österreich, die sich selektiv der Donauraumforschung widmete – diesseits und jenseits der Grenze.

Im Jahre 1995 übernahm Erhard Busek die Leitung des Instituts von Norbert Leser und konnte einerseits durch Fusionierung, andererseits durch Kooperation frische Arbeitsimpulse setzen. Unter dem neuen Namen „Institut für den Donauraum und Mitteleuropa“ wurde die Tätigkeit hinfort auf das gesamte Mittel- und Südosteuropa sowie zum Teil auch auf die Schwarzmeerregion ausgeweitet. Das IDM ist heute ein außeruniversitäres Forschungsinstitut auf Vereinsbasis, das von Einzel- und Firmenmitgliedern getragen wird

Dr. Erhard BUSEK, Vorstandsvorsitzender

Vizekanzler a. D. und Bundesminister für Wissenschaft und Unterricht a. D.,
Jean Monnet Professor ad personam

Mitteleuropa ist uns nach 1989 wieder geschenkt worden - es ist entlang der Donau die Entwicklungsachse Europas. Es ist die Aufgabe des IDM, die zukünftige politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu unterstützen, damit wir einen Beitrag zur globalen Sicherheit gerade im Hinblick auf unsere Nachbarregionen leisten.



Die Östliche Partnerschaft überdenken und Beziehungen zwischen der EU und Russland

SEBASTIAN SCHAPPER/ JACK GILL

2021 haben sich die Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und ihren westlichen Nachbarn verschlechtert. Eine russische Militäraufrüstung an der ukrainischen Grenze hat zu neuen Befürchtungen über eine mögliche russische Eskalation geführt, wobei der ukrainische Präsident Volodymyr Zelenskyy so weit ging, dass Russland einen Staatsstreich geplant habe.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat an der polnisch-weißrussischen Grenze eine internationale Krise ausgelöst. Tausende von Menschen sitzen in den bewaldeten Grenzgebieten bei eisiger Kälte fest. Mit wenig Vorräten und fehlender staatlicher Unterstützung aus beiden Ländern ist eine ernste humanitäre Notlage im auf dem Weg.

Nach dem Berg-Karabach-Konflikt im Jahr 2020 müssen sowohl Armenien als auch Aserbaidschan sich mit der neuen Realität der Situation abfinden. Russische Soldaten sind in ganz Berg-Karabach und Armenien stationiert. Es ist unwahrscheinlich, dass sie auf absehbare Zeit abziehen werden, da die angespannten Beziehungen nach dem Konflikt weiter schwelen. Zum ersten Mal seit seiner Unabhängigkeit 1991 hat die Republik Moldau eine echte proeuropäische Regierung, die bereit ist, die notwendigen Reformen anzugehen. Allerdings ist die 14. russische Armee immer noch in Transnistrien präsent und die Beziehungen zu Moskau wurden durch die Verhandlungen über einen neuen Gasliefervertrag weiter belastet.

Die Beziehungen zwischen der EU und Russland befinden sich derzeit in einer prekären Lage. Der jüngste Truppenaufmarsch des Kremls löste eine Reaktion des US-Außenministers Anthony Blinken, der erklärte, dass jede russische Aggression in der Ukraine ernste Konsequenzen haben werde.

Die EU hält die Wirtschaftssanktionen gegen Russland seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 aufrecht, so dass die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen seither frostig sind. Russlands neoimperialistische Ambitionen, seine eigene Einflussphäre zu behaupten, hat Russland oft in direkte Konfrontation mit seinen Nachbarn gebracht, insbesondere mit der Ukraine und Georgien. Dabei missachtet die Russische Föderation die Souveränität ihrer Nachbarn und behindert bewusst den Integrationsprozess souveräner Staaten, die der EU beitreten wollen.

Die Östliche Partnerschaft

Die Östliche Partnerschaft (ÖstP) der EU zielt darauf ab, die Beziehungen der EU zu folgenden Ländern zu verbessern und zu vertiefen: sechs postsowjetischen Ländern in Osteuropa (Moldawien, Ukraine, Weißrussland) und dem südlichen Kaukasus (Georgien, Armenien, Aserbaidschan). Sie wurde 2009 gegründet und sollte die eine tiefere Integration dieser Länder in die EU erleichtern. In den letzten zwölf Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass sich einige Länder der Östlichen Partnerschaft für die europäische Integration engagieren als andere und es scheint, dass sie in unterschiedlichem Maße eine weitere Annäherung an die EU anstreben. Da die strategischen Interessen der Länder in der Östlichen Partnerschaft immer weiter auseinandergehen, könnte dies langfristig zu einer Zersplitterung der Östlichen Partnerschaft als Kooperationsplattform führen.

Mag. Sebastian Schiffer,
MA, Managing Director Institute for the Danube Region and Central Europe (IDM);
Secretary General, Danube Rectors Conference (DRC);
Founder and CEO Seminars Simulations-Consulting (SSC) Europe;
Associate Fellow, Centre for Global Europe, GLOBSEC Policy Institute.

Jack Gill, MA
Research Assistant, Institute for the Danube Region and Central Europe (IDM);
Affiliated Researcher at the Austrian Center for Intelligence, Propaganda and Security Studies (ACIPSS).